Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. 1, Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13996, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentage 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 28. April 1926 — Nummer 98

Einheitsfront unter roten Fahnen!

Das muß die Parole aller Werktätigen zum 1. Mai dieses Jahres sein. **Einheitsmai gegen die erstarkende Reaktion** war und ist das Ziel der Kommunistischen Partei. Eine schwere Wirtschaftskrise trifft mit ihren Auswirkungen die arbeitenden Massen Deutschlands. Tausende von Arbeitslosen vermögen nicht die notdürftigsten Mittel zum Lebensunterhalt aufzubringen. Ständig höher schwillt die Armee der Erwerbslosen an. Eine Aenderung der Lage ist nicht abzusehen. Die einsetzende Baubetätigung hat nicht einmal den erwerbslosen Bauarbeitern Arbeit gebracht. Weitere Entlassungen in der Holzindustrie erfolgen. Die Not der breiten Massen wächst. Die Restaurationsbestrebungen der Kapitalisten, die Wirkungen des Dawesabkommens zeigen sich in ihren für die Arbeiterschaft katastrophalen Folgen. **Eine kleine Gruppe rücksichtsloser Großbesitzer festigt ihre Position, steckt neue große Gewinne ein, während die Riesenmassen der werktätigen Bevölkerung immer mehr in Not und Elend versinken.**

Hunderte Millionen Mark Kredite, hunderte Millionen Steuererlaß gewährte die reaktionäre Reichsregierung den Kapitalisten. Die Lasten der Arbeiter wurden vermehrt. **Milliarden sollen den Fürsten nachgeworfen werden.** Die Forderung von 12½ Millionen Wähler wird mit Füßen getreten. **Die Regierung sabotiert den Willen der 12½ Millionen.** Den Arbeitern wurde der Achtstundentag geraubt, die Löhne gedrückt. **Ein neuer Angriff auf die erbärmliche und niedrige Erwerbslosenunterstützung ist in Vorbereitung.** Geht die Reichsregierung jetzt schon dazu über, die Erwerbslosen in niedrigere Ortsklassen einzuteilen, so soll durch Einteilung der Erwerbslosen in sogenannte Wohnklassen ein weiterer Abbau der Unterstützung erfolgen.

In Sachsen führt die Regierung der Koalition gegen die Erwerbslosen einen brutalen Kampf mit allen Mitteln des Terrors und der Unterdrückung. Jede Hilfe für die Opfer der Wirtschaftskrise lehnte die Regierung und die reaktionäre Landtagsmehrheit einschließlich der 23 Sozialdemokraten jedoch ab. Das Dresdner Stadtparlament entschloß sich, den Erwerbslosen eine Sonderbeihilfe zu gewähren. Wo, wie zum Beispiel in Zschachwitz, unter kommunistischer Führung den Erwerbslosen eine Sonderhilfe gegeben wurde, wurde diese auf Veranlassung der Staatsregierung gestrichen.

Nichts unternahm die sächsische Regierung zur Erhaltung des Achtstundentages, nichts gegen den Lohnabbau und die Betriebseinschränkungen oder Stillegungen.

Das Entgegenkommen der Regierung an die Besitzenden bei der Grund- und Gewerbesteuer ist bekannt. Hier war die Regierung schnell dabei, den Kapitalisten die Lasten zu erlassen. **Mit der Mietzinssteuer werden dagegen den breiten Massen 72 Millionen Mark neue Lasten auferlegt.**

Die Maßnahmen der sächsischen Regierung sind ein ununterbrochener Vormarsch der Reaktion. Wie im Reiche die Deutschnationalen einen Schritt nach dem andern vormarschieren, wie die Deutschnationalen in die Reichsregierung eindringen wollen, so gewinnen durch das Verhalten der 23 Sozialdemokraten in Sachsen die Deutschnationalen ständig stärkeren Einfluß auf die Maßnahmen der Heldtregierung. Als anonyme Regierungspartei bestimmen sie die Taten der Regierung.

Während so die Vertreter der schwärzesten Reaktion entgegen dem Willen der breiten Massen ihren Einfluß in immer stärkerem Maße auf den Gesetzgebungsapparat geltend machen, **rüsten unter dem Schutze oder der stillschweigenden Duldung der Regierungen die faschistischen Verbände immer stärker und offener zum Bürgerkrieg.** Täglich dringen neue Meldungen über den Aufmarsch dieser Organisationen an die Oeffentlichkeit. Ungestört können die Faschisten ihre Vorbereitungen zur blutigen Unterdrükkung der Arbeiter treffen.

Die Verfolgungen gegen die Arbeiter halten demgegenüber ununterbrochen an.

So steht der 1. Mai 1926 im Zeichen der ständigen Vorstöße der reaktionären Unternehmer, im Zeichen der Rüstungen der Faschisten, **aber der 1. Mai steht auch im Zeichen des Zusammenbruches der Dawes- und Locarnopolitik,** im Zeichen des Zusammenbruchs der sozialdemokratischen Illusionspolitik und der Illusionen breiter Arbeitermassen.

Gerade alle diese Erscheinungen erforderten eine unbedingte Einheitsfront des gesamten Proletariats.

Der 1. Mai muß ein wuchtiger Aufmarsch gegen die Feinde des Proletariats werden.

Die Kommunistische Partei hat alles versucht, um eine solche wuchtige Einheitsfront zustande zu bringen. Die Führer der Sozialdemokratischen Partei haben die Bildung einer Einheitsfront, haben einen einheitlichen Aufmarsch der Arbeiterschaft zum 1. Mai mit den fadenscheinigsten Gründen abgelehnt. **Die Führer der Sozialdemokratischen Partei in Dresden fürchteten das Anwachsen der radikalen Stimmung, der Kampfentschlossenheit der Arbeitermassen.** An der Haltung der sozialdemokratischen Führer ist auch in diesem Jahre der einheitliche Aufmarsch in Dresden gescheitert.

Während in zirka 30 Orten in Ostsachsen die Arbeiter die Einheitsfront gebildet, ihren Willen zum Zusammenschluß gegen die Reaktion zum Ausdruck gebracht haben, **haben die sozialdemokratischen Führer in Dresden sich der Einheitsfront der Arbeiter entgegengestellt.**

Das Verhalten der Führer der SPD. in Dresden ist ein neuer Beweis dafür, daß nur der stärkste Druck der Arbeitermassen diese Führer zu einer entschiedenen Haltung, zu einem gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion zwingen kann. Haltlos zwischen rechts und links schwankend, hemmen diese Führer bisher den Kampf der Arbeitermassen.

Der Aufmarsch der Arbeiterschaft am 1. Mai muß trotz der Haltung der SPD.-Führer **ein wuchtiger Auftakt gegen die Reaktion werden.** Gleichzeitig muß aber die Arbeiterschaft ihre stärkste Mißbilligung gegen die schwankende Haltung der SPD.-Führer abgeben.

Der Aufmarsch muß ein Bekenntnis der Arbeiter zur Einheitsfront sein.

Nur ein starkes Bekenntnis zur Einheitsfront ist gleichzeitig eine Kampfansage an die Klassengegner.

Die Kommunistische Partei war und ist die einzige Partei, die ernsthaft die Einheitsfront der Arbeiter gegen die Kapitalisten herstellen will.

Alle Arbeitenden, die den ernsten Kampf gegen die Reaktion, die eine Einheitsfront der Arbeiter wollen, demonstrieren am 1. Mai **unter den roten Fahnen, marschieren mit der Kommunistischen Partei.**

Heraus zum 1. Mai!

Für den starren Achtstundentag.
Für ausreichenden Lohn.
Für ausreichende Wohnungen.
Gegen die Belastung der Arbeiter.
Gegen die Reaktion.
Für die Einheitsfront der Arbeiter.

Bezirksleitung Ostsachsen

Das Fürstenenteignungsgesetz vor dem Reichstag

Berlin, 28. April. (Eig. Drahtbericht.) Unter dem Druck der KPD. hat der Aeltestenrat des Reichstages gestern beschlossen, daß die erste und **zweite Lesung des vom Volk begehrten Fürstenenteignungsgesetzes heute im Reichstag beginnen soll.** Es ist nunmehr möglich, daß der Reichstag das Gesetz schon bis zum Donnerstag **endgültig erledigen** kann. Da der Rechtsausschuß des Reichstages den Gesetzentwurf, der dem Volksbegehren zugrunde liegt, bereits **zweimal abgelehnt** hat, kommt eine Ueberweisung desselben Gesetzentwurfes an einen Ausschuß jetzt **nicht mehr in Frage.** Da außerdem ja kein Zweifel darüber bestehen kann, daß dieser Reichstag das Enteignungsgesetz in erster und zweiter Lesung ablehnen wird, so entfällt nach den parlamentarischen Bestimmungen eine dritte Lesung überhaupt. Der Reichstag und die Volksregierung haben also zu weiteren Verschleppungszwecken keine verfassungsmäßige Mittel mehr in der Hand.

Der „Vorwärts" schreibt zur Frage des Volksentscheids:

„Es läßt sich voraussehen, daß der Reichstag den Enteignungsentwurf ablehnen wird. . . . Dann ist mit der Einsetzung des Volksentscheids in kürzester Frist zu rechnen, da die Regierung den Wunsch haben wird, für die Agitation so wenig Zeit wie möglich zu lassen."

In der bürgerlichen Presse wird die Verschleppung des Volksentscheids bis zum 14. Juni angekündigt.

Die Sozialdemokraten, die vor ihren Anhängern den Schacher um den Fürstenkompromiß nicht mehr verteidigen können, wollen einen Abänderungsantrag zum Enteignungsgesetz einbringen, wonach die Länder das Recht erhalten sollen, den früheren fürstlichen Familien eine Abfindungssumme zu zahlen. Dieser Antrag soll als Abänderungsantrag zum Volksentscheid gestellt werden, er müßte zum Volksentscheid gestellt werden, wenn er im Reichstag mit einfacher Mehrheit angenommen werden würde. Die Kommunisten werden alles einsetzen, damit durch diesen Winkelzug die Erledigung des Enteignungsgesetzes im Reichstag nicht verzögert werden kann.

Die Fürstenkomödie geht weiter

Der Rechtsausschuß des Reichstages verfuhr in der Dienstagsitzung ungefähr ebenso wie in der vorigen Woche. Eine fleißige Arbeit für die Regierungsvorlage ist nicht vorhanden. Bei manchen Gelegenheiten zeigen die Deutschnationalen ihre Verbitterung, bei den anderen Gelegenheiten betonen sie ihre Unschuldsmiene. Ganz ebenso machen es die Sozialdemokraten. Manchmal sind die Schwierigkeiten so groß sind, daß man die Ablehnung eines Paragraphen befürchtet, dann verlangt man die Abstimmung. So erging es dem § 5, der von zentraler Bedeutung für das ganze Gesetz ist. Er stellt nämlich fest, was als Privateigentum der Fürsten auch künftig anerkannt werden soll.

Zu Beginn der Sitzung unterhielt man sich eine Stunde über den berüchtigten Herzog von Koburg-Gotha. Dieser Herr, von Haus aus ein englischer Prinz, ist ein intimer Freund des Kapitäns Ehrhardt. Der Herzog hat an den Putschplänen von 1923 aktiven Anteil genommen. Um so nötiger ist es, daß die Republik seine Besitztümer sichert. Der Herzog hatte ursprünglich zwei Länder, Koburg und Gotha. Heute gehört Koburg zu Bayern und Gotha zu Thüringen. Mit der bayerischen Regierung hat der volkisch-englische Herzog sich bereits geeinigt. Nun wurde ein Sonderparagraph in das Fürstengesetz eingefügt, um den bayerischen Besitz des Herzogs vor allen Anfechtungen zu schützen. Genosse Neubauer protestierte aufs entschiedenste gegen ein solches Manöver. Da erhob sich der anwesende Gesandte von Thüringen und erklärte, daß auch das Land Thüringen mit der Regelung nicht einverstanden sein könne. Es ergab sich folgende hübsche Tatsache:

Die Kompromißparteien hatten zusammen mit Bayern eine so unglaubliche Formulierung zusammengebraut, daß selbst die deutschnationale Thüringer Regierung deshalb die Flucht an die Oeffentlichkeit antreten mußte.

Im Anschluß daran kam es zu einer Generaldebatte über § 5. Genosse Rosenberg stellte fest, daß im Grunde genommen die Kompromißparteien, die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten, in ihren Abänderungsanträgen genau dasselbe wollen. Man erkennt den Fürsten ohne Rücksicht auf die Revolution ein sogenanntes Privateigentum zu, das sie gegen den Staat einklagen können. Der Fürstenbesitz aus der Feudalzeit soll von der deutschen Republik aufrecht erhalten werden. Man will den Fürsten zwar die Regierungsgewalt nehmen, aber die privaten Herrscherrechte lassen. Die 12½ Millionen Unterzeichner des Volksbegehrens wollen davon nichts wissen, sondern sie verlangen die 100prozentige Ablieferung und Enteignung der Fürstenhäuser. Im Sinne der 12½ Millionen lehnen die Kommunisten nicht nur den Kompromißentwurf, sondern auch die sogenannten Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten ab.

Die Hauptrede für die Fürsten hielt selbstverständlich Dr. Everling. Er erklärte, daß die Deutschnationalen im vollen Gegensatz zu der kommunistischen Auffassung die Tradition aufrecht erhalten wollen. Die Revolution habe kein neues Recht geschaffen, sondern das alte Recht müsse weiter aufrecht erhalten werden. Die Polemik des Herrn Dr. Everling gegen die Regierungsvorlage war nicht sehr ernst gemeint, denn im wesentlichen sind sich Everling und die Luther-Regierung vollkommen einig.

Volksbegehren zur Aufwertungsfrage beantragt

Berlin, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Kennwort „Sparerbund Dr. Best" ist heute im Reichsministerium des Innern der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zur Abänderung der Aufwertungsgesetze vom 16. Juli 1925 eingereicht worden.

Die „Rote Fahne" schreibt dazu: „Sollte die Luther-Regierung dieses Gesetz nicht zulassen, wäre es ein glatter Bruch der Verfassung. Luther hat nun zwar ein verfassungsänderndes Gesetz zur Vereitelung künftiger Volksbegehren eingeleitet. Die Kommunistische Partei wird gegen dieses unerhörte Gesetz schärfsten Kampf führen, und sie fordert alle notleidenden Inflationsopfer auf, mitzukämpfen, um den Sturz der Luther-Regierung durchzuführen."

Massenkundgebungen gegen die Luther-Regierung

Berlin, 28. April. (Eigener Drahtbericht.) In Berlin fanden gestern 10 wuchtige, von der KPD. einberufene Kundgebungen für den Volksentscheid statt. Einmütig verlangten die Versammlungen restlose Fürstenenteignung, Auflösung des fürstenfreundlichen Reichstages und den Sturz der Luther-Regierung.

SPD. und Russenvertrag

Der „Tobeslitz für den Völkerbund".

Der „Vorwärts", der 2 Wochen lang gegen den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages Stimmung zu machen versuchte, hat nach Abschluß erklärt, der Vertrag enthalte „nur von der SPD. Gewolltes". Wie aber von der SPD. gegen die Sowjetunion gehetzt wird, besagt ein Artikel des „Pazifisten" Heinrich Ströbel in der Zeitschrift „Das andere Deutschland" Nr. 16 vom 24. April 1926, betitelt: „Die Aushöhlung des Völkerbundes". Wir entnehmen daraus nachstehende Stellen:

„. . . **Das deutsch-russische Abkommen aber ist ein solches Attentat gegen den Völkerbund!** Mit ihm haben sich also Sozialisten und Pazifisten schleunigst und nachdrücklichst auseinanderzusetzen. Wenn es erst der Geheimdiplomatie gelungen sein sollte, diesen **neuen Anschlag gegen den Völkerbund zur** Ausführung zu bringen, kommen Kritik und Bedauern zu spät . . .

. . . Mit dem § 16 aber steht und fällt der Völkerbund. Ohne ihn wird er zum Schatten, zum Popanz. Selbst wenn er nach der Prologabe des § 16 noch weiter vegetierte, wäre er höchstens noch eine fromme Täuschung für politische Kinder. Niemand weiß das besser als die Geheimdiplomaten, Machtpolitiker, Wehrverbändler!"